

IN KÜRZE

Dworak: „Endlich EU-Gelder abholen“

„Seit gut drei Jahren liegen 30,5 Millionen Euro, die als Fördergeld für Niederösterreich vorgesehen sind, unangetastet bei der EU“, kritisiert NÖ GVV-Präsident Rupert Dworak (SPÖ). Das Geld stamme aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) und wurde für den Zeitraum von 2014 bis 2020 bereitgestellt. „Das Geld liegt dort leider noch immer“, so Dworak. Er appelliert an das Land, entsprechende Strukturen zu schaffen, damit die Millionen fließen können. Laut Dworak könnten so im ländlichen Raum 1.000 Jobs geschaffen.

Heinzl: Kritik an deutscher Maut

Beim EU-Unterausschuss kritisierte in der Vorwoche der St. Pöltner SPÖ-Abgeordnete und Verkehrssprecher Anton Heinzl erneut die geplante Maut auf den deutschen Autobahnen. Er bezeichnete sie einmal mehr als „diskriminierende Ausländermaut“. Christian Hafenecker (FPÖ) will, dass der kleine Grenzverkehr diesbezüglich bilateral gelöst werde, was Hannes Weninger (SPÖ) als den falschen Ansatz bezeichnete.

Hartz IV: SPÖ nimmt Schelling ins Visier

Studie | Sozialminister kritisiert Papier im Finanzministerium. Dort wird dementiert, dass deutsches System in Österreich vorgesehen ist.

Von Martin Gebhart

Ein politisches Duell zwischen VP-Finanzminister Hans Jörg Schelling und SP-Sozialminister Alois Stöger hatte es schon mehrmals gegeben. Diesmal gerieten der St. Pöltner Minister und sein Gegenüber aus Oberösterreich wegen des Hartz IV-Modells aneinander, über das vom Finanzministerium eine Studie in Auftrag gegeben worden ist. Dieses Modell aus Deutschland würde nach dem Arbeitslosengeld statt der Notstandshilfe gleich die Mindestsicherung vorsehen. Sozialminister Stöger bei seiner Attacke gegen Schelling und die ÖVP: „Menschen in Armut zu treiben, hat nichts mit verantwortungsvoller Sozial- und Wirtschaftspolitik zu tun.“ Er werde nicht zulassen, „Arbeitssuchende mit Hartz IV zu bestrafen“. Ähnlich Ansagen kamen auch vom Kärntner SPÖ-Landeshauptmann Peter Kaiser und Bau-Holz-Gewerkschafter Muchitsch.



Hans Jörg Schelling mit Sozialminister Alois Stöger im Parlament: Konflikt um Studie über Hartz IV in Österreich. Foto: APA

Im Finanzministerium reagierte man verwundert. Eine Sprecherin von Hans Jörg Schelling erklärte: „Ein Modell wie Hartz IV war und ist in Österreich nicht geplant.“ Es sei nicht einmal eine aktuelle Studie, das sie schon vor zwei Jahren in Auftrag gegeben worden ist. Man finde an solchen Studien

nichts Außergewöhnliches, da das Finanzministerium alle möglichen Bereiche untersuche, um Effizienzpotenziale zu überprüfen..

Die Hartz IV-Debatte sorgte auch in NÖ für Aussendungen gegen Schelling. Lesen Sie dazu auch die „Politischen Randnotizen“ auf der Seite 5.

DIE POLITISCHE ANALYSE



Thomas Hofer, Politik-Berater, über die Ämtertrennung bei den Grünen.

Hält doppelt besser?

Die Grünen durchleben eine Krise, obwohl der Anlass dazu vordergründig gar nicht so leicht erkennbar ist. Vergangenen Dezember landete man den größten (personellen) Erfolg der Parteigeschichte, als Langzeit-Bundessprecher Alexander Van der Bellen in die Hofburg einzog. In der jüngst zu Ende gegangenen Ära Eva Glawischnig schaffte man als eine Partei, der immer wieder die Regierungsfähigkeit abgesprochen wurde, den Einzug in sechs Landes-

regierungen. Trotzdem gab Eva Glawischnig letztendlich zermüht auch von parteiinternen Auseinandersetzungen auf. Ihre Nachfolgerinnen werden es nicht leicht haben, das Niveau bei den kommenden Wahlgängen zu halten.

Mit der Tirolerin Ingrid Felipe als Bundessprecherin und Ulrike Lunacek als Spitzenkandidatin für die Nationalratswahl hat man sich für eine an sich unübliche und meist auch nachteilige Doppelspitze entschieden. Eigentlich ist es sogar eine Dreierspitze, denn Glawischnig war ja auch noch Obfrau des grünen Parlamentsklubs. Dort folgt ihr jetzt Albert Steinhauser nach. Eine dauerhafte Lösung kann die Ämtertrennung nicht sein. Gerade eine kleinere Partei braucht zur Maximierung der eigenen Wirkung ein zugkräftiges Gesicht nach außen. Der Grund für die Fragmentierung an der Parteispitze kann daher nur einer sein: Man will jene Person, die man mittel- bis lang-

fristig aufbauen will – Ingrid Felipe – nicht in einem fast aussichtslos scheinenden Nationalratswahlkampf politisch verheizen. Zuerst einmal gibt es nachvollziehbare Bedenken, ob Felipe in einer der brisantesten innenpolitischen Situationen der vergangenen zwei Jahrzehnte so locker von der Landes- in die Bundesliga wechseln kann. Lunacek ist auch auf bundespolitischer Ebene erfahren – und eine Niederlage steckt sie karrieretechnisch leichter weg.

An der Grundkonstellation des Wahlkampfes können wohl weder Felipe noch Lunacek etwas ändern: Da kommt es mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit zum für die Grünen gefährlichen Dreikampf zwischen Sebastian Kurz (ÖVP), Christian Kern (SPÖ) und Heinz-Christian Strache (FPÖ). Einzige Chance für die Ökopartei: sich kantiger als bisher von der Regierung – und hier gerade der für grüne Zielgruppen gefährlichen SPÖ – abzugrenzen.